

**Rede  
der Sprecherin für Jugendpolitik**

**Annette Schütze, MdL**

zu TOP Nr. 17

Erste Beratung

**Kinder schützen - keine Kindeswohlgefährdenden  
Quarantänemaßnahmen für Kinder und Jugendliche  
in Niedersachsen!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/7356

während der Plenarsitzung vom 15.09.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Landtagspräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dem vorliegenden Antrag wird seitens der AfD angeprangert, dass Gesundheitsämter die Isolierung infizierter Kinder innerhalb der familiären Haushalte angeordnet hätten. Als letzte Maßnahme wird in diesen Schreiben angeblich die Herausnahme der Kinder aus den Familien und die Unterbringung in speziellen Einrichtungen angedroht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Antrag beruht auf einem fundamentalen Missverständnis!

Bei den angesprochenen Schreiben handelt es sich um einen Musterbescheid. Über die Website des RKI wurde dieser den Gesundheitsämtern zur Verwendung und Anpassung zur Verfügung gestellt. In diesem Musterbescheid wird nicht zwischen Kindern und Erwachsenen differenziert, so dass der Eindruck entstehen könnte, es gäbe extra für Kinder eingerichtete geschlossene Einrichtungen. Solche Einrichtungen gibt es in Niedersachsen aber weder für Kinder noch für Erwachsene!

Eine Stellenausschreibung der Diakonie Michaelshoven in Nordrhein-Westfalen, in der Betreuungspersonen für in Quarantäne befindliche Minderjährige gesucht werden, wird von der AfD als vermeintlicher Beleg aufgeführt. Die Diakonie hat jedoch längst klargestellt, dass entsprechendes Personal einzig für Kinder, die bereits in einer Jugendhilfeeinrichtung leben und bei denen der Verdacht auf eine Infizierung mit dem Corona-Virus besteht, gesucht werden.

Auch eine vollständige Isolation von Kindern innerhalb der familiären Haushalten wird weder verlangt noch vorgeschrieben!

Die häusliche Quarantäne stellt das einzig wirksame Mittel dar, um das Virus nicht weiterzuverbreiten. Bei dem Verdacht oder der tatsächlichen Infektion von kleinen Kindern empfiehlt das Land Niedersachsen daher, dass mindestens einem Elternteil gegenüber ebenfalls eine Quarantäne ausgesprochen wird. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass eine kindgerechte Betreuung möglich ist. Für das betreuende Elternteil sieht das Infektionsschutzgesetz auch eine Lohnersatzleistung vor.

Meine Damen und Herren,

ohne Frage stellt die quarantänekonforme Betreuung von Kindern und auch Jugendlichen eine besondere Belastung für Familien dar. In der Pandemie stehen Heranwachsende und Eltern vor großen Herausforderungen. Aber auch unsere Gesundheitsämter sind teils am Rande der Belastungsgrenze. Fehler sind da menschlich und fast unvermeidlich. Aus einzelnen Fehlleistungen aber eine Strategie herauszulesen, ist pure Panikmache, und trägt erheblich zur Verunsicherung der gesamten Bevölkerung bei.

Ich möchte an dieser Stelle dem öffentlichen Gesundheitsdienst in Niedersachsen meine Anerkennung und meinen Respekt aussprechen. Ohne die Arbeit der Gesundheitsämter

wäre das Infektionsgeschehen in Niedersachsen niemals unter Kontrolle gebracht worden. Ihr Einsatz unter erheblicher Mehrbelastung kann gar nicht überschätzt werden.

Natürlich stellen Schreiben wie jene, die die AfD als vermeintliches staatliches Versagen anführt, erst einmal einen Schock für die betroffenen Familien dar. Nicht zuletzt durch die mediale Berichterstattung sind die Kommunen jedoch inzwischen sensibilisiert und ich gehe davon aus, dass in Zukunft nur noch angepasste Bescheide verschickt werden.

Meine Damen und Herren,

es drängt sich der Verdacht auf, dass die AfD mit diesem Antrag versucht, in gewohnt populistischer Manier Misstrauen in der Bevölkerung zu schüren. Dabei ist es gerade diese Partei, die durch ihr verantwortungsloses Agieren Verschwörungstheorien befeuert und Menschenleben gefährdet.

Ihre Strategie in der Pandemie ist dabei so schlicht wie durchschaubar: Durch die Skandalisierung von Einzelfällen, gepaart mit einer Rhetorik der Verharmlosung, soll das Vertrauen in die Regierung erschüttert werden. Dieser Agitation werden wir nicht auf den Leim gehen!

Wir können uns glücklich schätzen, dass die SPD-geführte niedersächsische Landesregierung uns mit Vorsicht und Augenmaß durch diese weltweite Krise steuert. Ihnen gilt mein Dank!

Ich bitte Sie daher diesen Antrag als gegenstandslos abzuweisen.

Vielen Dank!